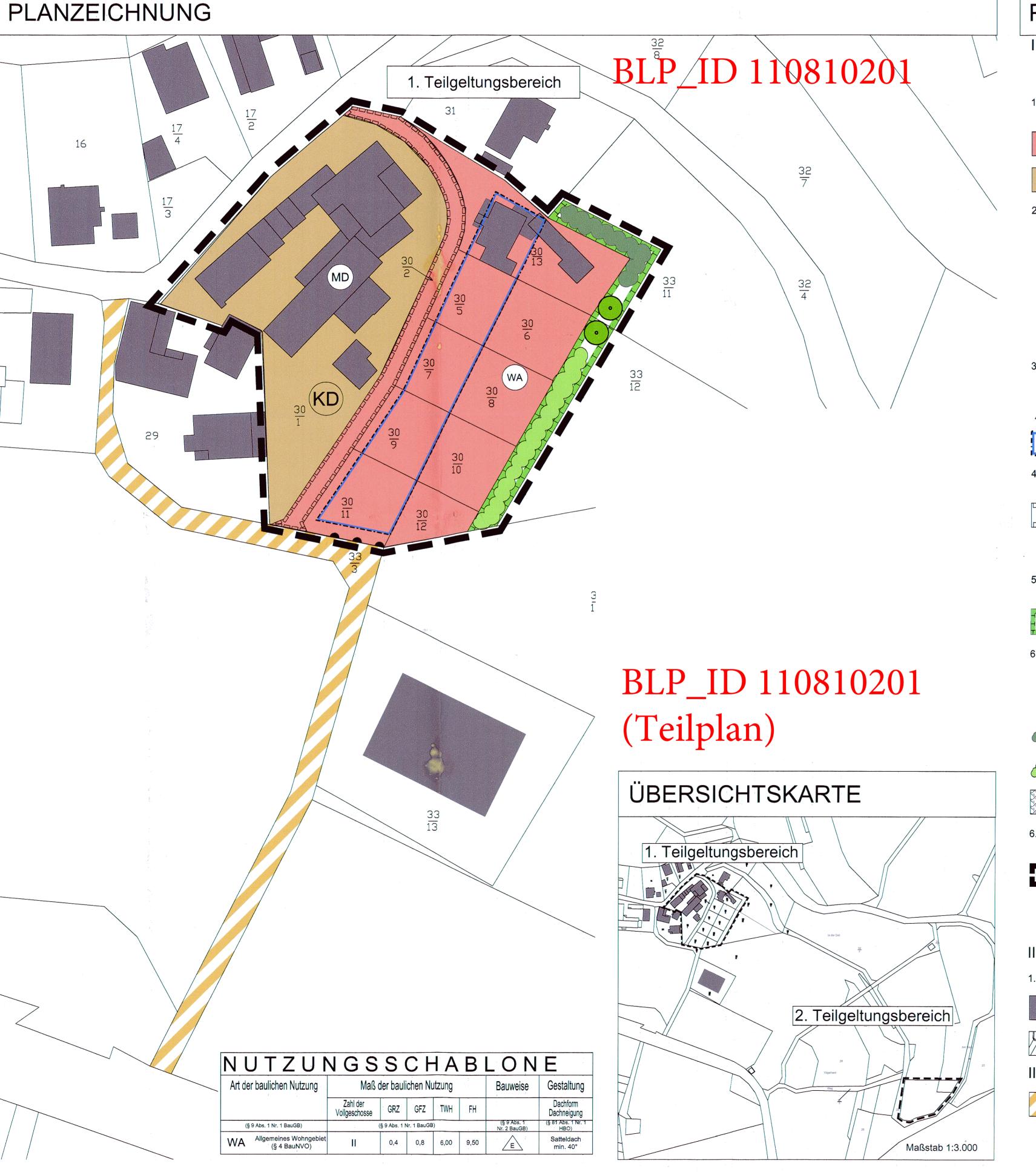
1. Teilgeltungsbereich: Gemarkung Neunkirchen, Flur 1, Nr. 30/1, 30/2, 30/5, 30/6, 30/7, 30/8, 30/9, 30/10, 30/11, 30/12, 30/13, 33/11 und 33/12 tlw.

2. Teilgeltungsbereich: Gemarkung Neunkirchen, Flur 3, Nr. 24 tlw.



PLANZEICHENERKLÄRUNG

. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 BauGB)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. d. BauNVO)

Allgemeines Wohngebiet (WA) mit Kennzeichnung Baugebiet

Dorfgebiet (MD) mit Kennzeichnung Baugebiet

2. Maß der baulichen Nutzung (vgl. Nutzungsschablone) (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 BauNVO)

GRZ Grundflächenzahl GFZ Geschossflächenzahl

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

TWH Traufwandhöhe

Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. d. BauNVO)

Bauweise: nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Baugrenze (§ 23 BauNVO)

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Mit Geh- und Fahrrecht zu Gunsten der Allgemeinheit und Leitungsrechten zu Gunsten der Versorgungsbetriebe zu belastende Fläche (GFL)

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

5. Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Umgrenzung für Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

6. Anpflanzungen von Bäumen und für die Erhaltung von Bäumen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

Erhalt Gehölzbestand



Entwicklung Laubgehölz durch Initialpflanzung und Sukzession

6. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

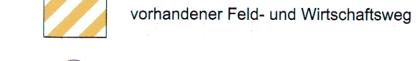
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des rechtswirksamen Flächennutzungsplanes (FNP)

II. Hinweise

Hinweise der Kartengrundlage

vorhandene Flurstücksgrenzen, mit Flurstücksnummern

III. Nachrichtliche Übernahme



Kulturdenkmal innerhalb des Geltungsbereiches

TEXTTEIL

A Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung (BauNVO)

1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Als Art der baulichen Nutzung wird "Allgemeines Wohngebiet (WA)" gemäß § 4 BauNVO festgesetzt 1.2 Nicht zulässig sind gemäß § 1 Abs. 5, 6 BauNVO die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften, nicht störende Handwerksbetriebe sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

1.3 Im Sinne des § 1 Abs. 5, 6 BauNVO sind nachfolgend, nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

 Betriebe des Beherbergungsgewerbes sonstige nicht störende Gewerbebetriebe

 Anlagen f
ür Verwaltungen, Gartenbaubetriebe,

 Tankstellen. 1.4 Als Art der baulichen Nutzung wird "Dorfgebiet (MD)" gemäß § 5 BauNVO festgesetzt. 1.5 Im Sinne des § 1 Abs. 5, 6 BauNVO sind nachfolgend, nach § 5 Abs. 2 BauNVO folgende Nutzungen

nicht zulässig: Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherber-

gungsgewerbes, sonstige Gewerbebetriebe

 Anlagen für örtliche Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke. Gartenbaubetriebe,

 Tankstellen. 1.6 Im Sinne des § 1 Abs. 5, 6 BauNVO sind nachfolgend, nach § 5 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig: Vergnügungsstätten.

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Teilbereich des "Allgemeinen Wohngebietes

2.1 Das Maß der baulichen Nutzung im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 BauNVO wird bestimmt durch die in der Nutzungsschablone angegebenen Werte für die in den Baugebieten zulässigen Obergrenzen der Grundflächenzahl (GRZ), der Geschossflächenzahl (GFZ), der Zahl der Vollgeschosse sowie der Traufwandhöhe (THW) und Firsthöhe (FH). Abweichende Bestimmung für die Überschreitung der zulässigen Grundflächenzahl durch bestimmte

Anlagen (§ 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO) Die zulässige GRZ darf durch die Grundfläche von Stellplätzen mit ihren Zufahrten, von Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO (insbesondere Hof-, Wege- und sonstige private Verkehrsflächen), bis zu

GRZ = 0.8 überschritten werden. 2.3 Die höchstens zulässige Zahl der Vollgeschosse für das Baugebiet beträgt zwei Vollgeschosse. 2.4 Die TWH wird bestimmt als Maß zwischen Bezugspunkt und dem Durchstoßpunkt der verlängerten Gebäudeaußenwand durch die Oberkante der Tragkonstruktion, die FH als höchster Punkt des Ge-

bäudes. Die Ermittlung der TWH und FH hat jeweils in Gebäudemitte zu erfolgen. 2.5 Bezugspunkt für Höhenfestsetzungen: Als Bezugspunkt wird die Oberkante des anbaufähigen und für die jeweilige Erschließung des Gebäudes maßgeblichen Erschließungswegs in Fahrbahnmitte, gemessen senkrecht vor Gebäudemitte, festgelegt.

Die in der Nutzungsschablone angegebene Zahl der Vollgeschosse gilt als Obergrenze.

Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Teilbereich des "Allgemeinen Wohngebietes"

2.6 Vollgeschosse (§ 20 BauNVO):

3.1 Bauweise (§ 22 BauNVO): Es gilt die offene Bauweise. Es sind ausschließlich Einzelhäuser zulässig. 3.2 Überbaubare Grundstücksflächen (§ 23 BauNVO): Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgesetzt.

3.3 Eine geringfügige Überschreitung der im Planteil festgesetzten Grundflächenzahl (Angaben gemäß Nutzungsschablone) durch untergeordnete Bauteile, wie z. B. Vorsprünge, Erker, Balkone, Treppen, Wintergärten etc., ist nach § 23 Abs. 3 BauNVO zulässig.

4. Grundstücksgrößen (§ 9 (1) Nr. 3 BauGB)

Teilbereich des "Allgemeinen Wohngebietes" 4.1 Für selbstständig bebaubare Grundstücke wird eine Mindestgrundstücksgröße von 480 m² je Grundstück festgesetzt; von der Regelung ausgenommen sind Grundstücke für Anlagen zur Ver- und Entsorgung des Baugebietes (zum Beispiel Trafostation).

Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 22 BauGB)

Teilbereich des "Allgemeinen Wohngebietes" 5.1 Stellplätze und Garagen sind ausschließlich in den überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. 5.2 Zulässigkeit von Nebenanlagen i. S. d. § 14 Abs. 1 BauNVO:

5.2.1 Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen sind i. S. d. § 23 Abs. 5 BauNVO auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig, wenn deren Grundflächen in der Summe 15 m² nicht überschreiten.

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§

6.1 Befestigte sowie vollständig versiegelte Flächen sind auf das erforderliche Mindestmaß zu beschränken. Nicht in Anspruch genommene Grundstücksflächen sind als Grün- und Gartenflächen anzulegen und im Bestand zu erhalten. 6.2 Fläche zur Ortsrandeingrünung

Das Baugebiet ist zum Ortsrand mit einer 5 m breiten, dreireihigen Hecke, bestehend aus einer Mischung heimischer und standortgerechten Baum- und Straucharten gemäß nachstehender Pflanzliste einzugrünen. Der Anteil einer Art im Gesamtbestand an Gehölzen beträgt max. 20 v. H. Die Pflanzdichte beträgt 1 Pflanze je 1,5 m², die Reihen sind gegeneinander versetzt anzulegen. Die Umsetzung der Pflanzmaßnahme hat innerhalb eines Jahres nach Beginn der Baumaßnahmen zu erfolgen, um eine zeitnahe Eingrünung zu gewährleisten.

6.3 Ausgleichsfläche, 2. Teilgeltungsbereich: Auf der Fläche ist die landwirtschaftliche Nutzung einzustellen und eine strukturreiche Gehölzfläche mit vorgelagertem Krautsaum zu entwickeln. Dazu erfolgt auf 70 % der Fläche eine Initialpflanzung mit einer Mischung heimischer Baum- und Straucharten gemäß Artenliste unter Ziffer 7.3, die truppweise angelegt werden. Die verbleibenden Flächen werden der Selbstansamung überlassen. Im Übergang zum angrenzenden Grünland entlang der nördlichen Grenze des 2. Geltungsbereichs wird ein 3 m breiter Saumstreifen von der Gehölzentwicklung ausgenommen und alle zwei Jahre im Spätsommer gemäht. Das Mähgut ist abzuräumen. Der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden ist nicht zulässig. Ansonsten ist die Fläche der Eigenentwicklung zu überlassen. Die Umsetzung der Maßnahme hat innerhalb eines Jahres nach Beginn der Baumaßnahme zu

Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 (1) Nr. 25 a BauGB)

7.1 Auf den Baugrundstücken ist je 300 m² nicht überbaubare Grundstücksfläche mindestens ein mitteloder großkroniger Laubbaum oder hochstämmiger Obstbaum regionaltypischer Sorten gemäß Arten-

liste unter Ziffer 7.3 zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. 7.2 Die Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern auf privaten Flächen hat ausschließlich mit einheimischen und standortgerechten Arten (z. B. gemäß nachstehender Artenliste) zu erfolgen.

Tilia cordata

Pflanzqualitäten:

Bäume: StU mind. 16/18,

Sträucher: mind. 2-3xv. >60/100

| Bäume: | | Sträucher: | |
|--------------------------|----------------|--------------------|---------------------|
| Acer campestre | Feldahorn | Cornus mas | Kornelkirsche |
| Acer platonides | Spitzahorn | Cornus sanguinea | Roter Hartriegel |
| Acer pseudoplat- anus | Bergahorn | Corylus avellana | Haselnuss |
| Amelanchier ova- lis | Felsenbirne | Crataegus spp. | Weißdorn-Arten |
| Betula pendula | Birke | Ligustrum vulgare | Liguster |
| Castanea sativa | Ess-Kastanie | Lonicera xylosteum | Rote Heckenkirsche |
| Carpinus betulus | Hainbuche | Prunus spinosa | Schlehe |
| Fagus sylvatica | Rotbuche | Rosa arvensis | Feldrose |
| Prunus avium | Vogelkirsche | Rosa canina | Hundsrose |
| Prunus padus | Traubenkirsche | Rubus fruticosus | Brombeere |
| Pyrus communis | Wildbirne | Sambucus nigra | Schwarzer Holunder |
| Salix caprea | Salweide | Viburnum lantana | Wolliger Schneeball |
| Sorbus aucuparia | Eberesche | | |

Regionale Obstbaumsorten (Hochstämme) Apfel Reichelsheimer Mostar Alexander Lukas Clapps Liebling

Gellerts Butterbirne Süßkirschen Regina Zwetsche Hauszwetsche

Heister: 2-3xv, mind. 200-250, Obstbäume StUmind. 8/10 Aufnahme von auf Landesrecht beruhenden Regelunger

Äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 81 (1) Nr. 1 HBO)

1.1 Im Geltungsbereich sind ausschließlich Sattel- und Walmdächer zulässig

1.2 Die Dachneigungen sind der Nutzungsschablone der Planzeichnung zu entnehmen. 1.3 Die Dacheindeckung hat aus Gründen des Denkmalschutzes ausschließlich mit roten, nicht glasierten Dachsteinen zu erfolgen.

Einfriedungen (Mauern, Zäune, Hecken etc.) (§ 81 (1) Nr. 3 HBO)

Einfriedungen sind nur als maximal 1,5 m hohe Maschendrahtzäune, als Laubgehölzhecken aus ein heimischen Straucharten (z.B. Vorschlagsliste) oder als Kombination von beiden zulässig. Es ist ein Bodenabstand von 10cm einzuhalten, um den ungestörten Wechsel von Kleinsäugern zu gewährleisten. Die Abstände zu Nachbargrundstücken in Abhängigkeit von der Pflanzenhöhe sind bei Einfriedungen als geschnittene Hecken gemäß Nachbarrechtsgesetz zu beachten. ...2 Die Verwendung von Thuja- oder Chamaecyparis-Hecken sowie Nadelgehölzen ist unzulässig.

Örtliche Bauvorschriften über die Gestaltung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge und Abstellplätzen für Fahrräder (§ 81 Abs. 1 Nr. 4 HBO)

Sofern eine Gefährdung für Grundwasser und Fließgewässer durch schädliche Einträge ausgeschlos-

sen ist, sind befestigte Wege, Zufahrten und Stellplätze / Abstellplätze mit wasserdurchlässiger oder teilbegrünter Oberfläche (Rasengitter, Breitfugenpflaster oder anderen versickerungsaktiven Materialien) auszubilden. Bituminöse Decken oder Betonbeläge sind unzulässig.

Örtliche Bauvorschriften über die Begrünung von baulichen Anlagen sowie über die Nutzung, Gestaltung und Bepflanzung der Grundstücksfreiflächen (§ 81 Abs. 1 Nr. 5 HBO)

Befestigte sowie vollständig versiegelte Flächen sind auf das erforderliche Mindestmaß zu beschränken. Sofern eine Gefährdung für Grundwasser und Fließgewässer durch schädliche Einträge ausgeschlossen ist, sind Oberflächenbeläge wasserdurchlässig auszubilden (z.B. Breitfugenpflaster Rasengittersteine etc.).

4.2 Nicht überbaute Grundstücksflächen sind als Grün- bzw. Gartenflächen anzulegen und zu nutzen, soweit sie nicht durch zulässige Zugänge und Zufahrten oder durch zulässige Nebenanlagen in Anspruch genommen werden.

Verwenden von Niederschlagswasser (§ 37 Abs. 4 HWG):

Anfallendes, nicht behandlungsbedürftiges Niederschlagswasser ist im Sinne des § 37 Abs. 4 HWG innerhalb der privaten Grundstücke zu verwerten, wenn wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Be-

Die Verwertung kann durch geeignete Bewirtschaftungsanlagen, z.B. nach Merkblatt ATV-DVWK M 153, in Mulden oder Mulden-Rigolen-Systemen gesammelt und der Versickerung zugeführt werden.

Bodenfunde / Denkmalschutz

Werden bei Erdarbeiten Bodenfunde wie Mauerreste, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen, Scherben oder Skelettreste entdeckt, so ist dies gemäß § 20 Hessisches Denkmalschutzgesetz (HDSchG) unverzüglich an das Hessische Landesamt für Denkmalschutz zu melden. Funde und Fundstelle sind in unverändertem Zustand zu belassen und bis zur Entscheidung des Landesamtes zu schützen.

Bodenschutz

Bei allen Baumaßnahmen, die einen Eingriff in den Boden erfordern, ist auf organoleptische Auffälligkeiten zu achten. Ergeben sich bei den Erdarbeiten Kenntnisse, die den Verdacht einer schädlichen Bodenverunreinigung begründen, sind diese umgehend der zuständigen Behörde, dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, Dezernat IV/Da 41.5, Bodenschutz, mitzuteilen. Darüber hinaus ist ein Fachgutachter in Altlastenfragen hinzuzuziehen. Schädliche Bodenverunreinigungen im Sinne des § 2 Abs.3 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen.

3 Brandschutz

nach DIN 4066 gut sichtbar zu kennzeichnen.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans ist eine Löschwasserversorgung von 1.600 Litern pro Minute bei mindestens 2 Bar Fließdruck erforderlich Die Löschwassermenge muss für eine Löschzeit von mindestens 2 Stunden aus dem öffentlichen Wasserversorgungsnetz zur Verfügung stehen. Beim Einbau von Hydranten nach DIN 3221 zur Löschwasserentnahme ist das DVGW-Regelwerk W 331 zu beachten. Die Hydranten sind mit Hinweisschildern

Kann die jeweils angegebene Löschwassermenge vom öffentlichen Wasserversorgungsnetz nicht erbracht werden und/oder stehen keine unerschöpflichen Wasserquellen (z.B. aus offenen Gewässern) zur Verfügung, so ist der Wasservorrat durch eine andere geeignete Maßnahme (Löschwasserteiche, Löschwasserbrunnen oder Löschwasserbehälter) sicherzustellen

Die Straßen sind für eine Achslast von mindestens 10 t zu befestigen und so anzulegen, dass der Einsatz von Lösch- und Rettungsfahrzeugen ohne Schwierigkeiten möglich ist.

4 Baugrund

Es wird darauf hingewiesen, dass von der Gemeinde im Zuge der Bauleitplanung keine fachliche Begutachtung des anstehenden Bodens und Baugrundes z. B. hinsichtlich der Tragfähigkeit oder der aktuellen oder geplanten Grundwasserverhältnisse durchgeführt wurde. Bei allen Baumaßnahmen wird daher vorab eine objektbezogene Baugrunduntersuchung empfohlen, auch im Hinblick auf mögliche Auswirkungen oder bauliche Vorkehrungen, wie z. B. Gründungen, Wannenausbildung usw. Forderungen oder Ansprüche gegen die Gemeinde als Trägerin der Planungshoheit können hieraus nicht ab-

Seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt und des Kampfmittelräumdienstes wurde im Zuge des Bauleitplanverfahrens keine gesonderte Auswertung von Luftbildern vorgenommen, die Auskunft über einen begründeten Verdacht und das mögliche Auffinden von Bombenblindgängern hätte liefern können, durchgeführt. Der Gemeinde Modautal liegt keine Kenntnis über begründete Verdachtsmomente oder auch sonstige Erkenntnisse über eine mögliche Munitionsbelastung vor. Dies entbindet bei künftigen Bauvorhaben die Bauherrschaft jedoch nicht, sich vor Beginn der Baumaßnahmen über Verdachtsmomente zu informieren und Auskunft über eine mögliche Munitionsbelastung einzuholen. Erforderlichenfalls ist vor Baubeginn das Baufeld durch eine systematische Flächenabsuche zu untersuchen. Soweit im Zuge von Bauarbeiten ein kampfmittelverdächtiger Gegenstand gefunden werden

6 Schutz von Versorgungsleitungen

Vor der Ausführung von Bauvorhaben oder Pflanzarbeiten im Nahbereich der Straßen haben sich der Bauherr oder dessen Baufirmen über die genaue Lage von Ver- und Entsorgungsleitungen bei den Versorgungsunternehmen zu informieren um Beschädigungen am Kabel- und Leitungsbestand zu vermeiden. Die erforderlichen Sicherheitsabstände zu bestehenden Leitungen sind bei Baumpflanzungen

Bei Unterschreitung eines Abstandes von 2,50 m zu bestehenden Versorgungsleitungen sind bei Neupflanzung von Bäumen geeignete Schutzmaßnahmen nach geltender technischer Norm zu treffen. Bei Neuverlegung von Versorgungsleitungen durch Versorgungsunternehmen im Bereich bestehender Bäume sind die erforderlichen Schutzmaßnahmen durch die Versorgungsträger zu errichten.

Schallschutzmaßnahmen

GELTENDE RECHTSVORSCHRIFTEN

gültigen Fassung:

das Baugesetzbuch (BauGB)

die Baunutzungsverordnung (BauNVO)

das Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

die Hessische Bauordnung (HBO)

das Hessische Wassergesetz (HWG)

die Hessische Gemeindeordnung (HGO)

die Planzeichenverordnung (PlanzVO 90)

das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

für den Bebauungsplan in der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung jeweils

das Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HABNatSchG)

das Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler (Denkmalschutzgesetz)

Gegen den Baulastträger der L 3399 können keine Ansprüche nach § 2 Absatz 2 der Vierundzwanzigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) geltend gemacht werden (auch bei eventuellen Änderungen an der Straße). Für den Lärmschutz hat der Zustandsstörer Vorsorge zu tragen (§ 1 Absatz 5 BauGB, § 50 BlmSchG). Dabei sind die Orientierungswerte der DIN 18005 – Schallschutz im Städtebau – einzuhalten.

VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellungsvermerk (§ 2 Abs. 1 BauGB): Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 15.08.2011 die Einleitung des Bauleitplanverfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Beschluss wurde am 25.05.2012 ortsüblich bekannt

Vermerk über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB):

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes zur Aufstellung des Bebauungsplan fand in der Zeit vom 01.06.2012 bis einschließlich 04.07.2012 statt. Auslegungszeitraum und -ort wurden am 25.05.2012 ortsüblich bekannt gemacht.

. Vermerk über die frühzeitige Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 1 BauGB): Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurden mit Schreiben vom 31.05.2012 unterrichtet und mit Fristsetzung bis einschließlich 04.07.2012 zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Vermerk über die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB):

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 20.08.2012 den Entwurf zum Bebauungsplan gebilligt und zur Durchführung der öffentlichen Auslegung beschlossen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, am 07.12.2012 ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplans hat in der Zeit vom 17.12.2012 bis einschließlich 25.01.2013 öffentlich ausgelegen.

5. Vermerk über die förmliche Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB): Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurden mit Schreiben vom 10.12.2012 um Stellungnahme gebeten und von der öffentlichen

Auslegung benachrichtigt.

Die Gemeindevertretung hat die aus der Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) abgegebenen Anregungen in ihrer Sitzung am 22.04.2013 geprüft und hierüber beschlossen. Das Ergebnis wurde den Anregungsträgern mitgeteilt.

Vermerk über den Satzungsbeschluss Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 22.04.2013 den Bebauungsplan "Ehemaliger Campingplatz" als Satzung beschlossen.

Vermerk über die erneute förmliche Beteiligung (§ 4a Abs. 3 BauGB)

Vor dem Hintergrund, dass die öffentliche Bekanntmachung vom 07.12.2012 über die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB nicht ordnungsgemäß erfolgt ist, wurde zur Behebung dieses beachtlichen Verfahrensfehlers ein ergänzendes Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung vom 16.12.2013 die erneute öffentliche Auslegung der Entwurfsplanung des Bebauungsplans beschlossen. Die erneute öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, am 10.01.2014 ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung sowie den wesentlich bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen hat in der Zeit vom 20.01.2014 bis einschließlich 21.02.2014 öffentlich

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurden mit Schreiben vom 19.12.2013 um Stellungnahme gebeten und von der öffentlichen

. Abwägungsvermerk (erneute förmliche Beteiligung):

Planteil mit textlichen Festsetzungen und Begründung, wird hiermit ausgefertigt.

Die Gemeindevertretung hat die aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) abgegebenen Anregungen in ihrer Sitzung am 19.05.2014 geprüft und hierüber beschlossen. Das Ergebnis wurde den Anregungsträgern mitgeteilt.

Vermerk über die endgültige Beschlussfassung:

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 19.05.2014 den Bebauungsplan "Ehemaliger Campingplatz" erneut als Satzung beschlossen.

Es wird bestätigt, dass der Planinhalt unter Beachtung der vorstehenden Verfahrensschritte mit den Beschlüssen der

Gemeindevertretung übereinstimmt. Die Satzung über den Bebauungsplan "Ehemaliger Campingplatz", bestehend aus

Gemeindevorstand der Gemeinde Modautal,

Modautal, den 22.05.2014



11. Genehmigungsvermerk (§ 10 Abs. 2 BauGB): Die Satzung über den Bebauungsplan bedarf nicht der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde.

12. Bekanntmachungsvermerk (§ 10 Abs. 3 BauGB):

Der Beschluss der Satzung wurde am 23.01.2015 ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan tritt mit der Bekanntmachung des Beschlusses über den Bebauungsplan als Satzung in Kraft.

Gemeindevorstand der Gemeinde Modautal, Modautal, den 26.01.2015

Gemeinde Modautal Odenwaldstraße 34 Satzung 64397 Modautal Ausfertigung Datum der letzten Änderung

